



Dezernat III
Amt für Familie, Jugend und Senioren

Datum 14.11.2023
Gz. 50.1/schm-50-
314526/2023
Telefon 56-2601

Behandlung	Gremium	Datum	Status
Entscheidung	Gemeinderat	23.11.2023	öffentlich

Anlagen

Beschluss Besprechung des Bundeskanzlers zusammen mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 06.11.2023 zu TOP 8 Finanzierung Deutschlandticket

Betreff

Abschaffung des Heilbronner-Flexi-Tickets bzw. Umstellung und Reduzierung des Zuschusses des Heilbronner-Flexi-Tickets auf das Deutschland-Ticket ab 01.01.2024

I. Antrag

Kenntnisnahme

II. Sachverhalt

Die Entscheidung über die DS 267/2023 wurde aufgrund des Antrags der B90 / Die Grünen vom 02.11.2023 in der Gemeinderatssitzung am 06.11.2023 vertagt, da zu diesem Zeitpunkt noch nicht sicher war, ob die Finanzierung des Deutschland-Tickets auch über 2024 hinaus zwischen Bund und Ländern gesichert werden kann.

Zwischenzeitlich wurde aufgrund der positiven Entwicklung des Deutschland-Tickets und dessen Bedeutung für die Attraktivität des öffentlichen Nahverkehrs vom Bundeskanzler zusammen mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 06.11.2023 der Beschluss gefasst, eine Kostenbeteiligung in Höhe von insgesamt drei Milliarden EUR je zur Hälfte durch Bund und Länder auch für 2024 zu übernehmen.

Das Ticket soll weiterentwickelt, vereinfacht und digitaler gemacht und die erforderliche Bereinigung der Tariflandschaft fortgesetzt werden.

Nicht verbrauchte Mittel hierzu aus dem Jahr 2023 sollen für den Ausgleich in 2024 eingesetzt werden. Bund und Länder beauftragen die Verkehrsministerkonferenz damit, rechtzeitig vor dem 1. Mai 2024 ein Konzept zur Durchführung des Deutschlandtickets ab dem Jahre 2024 vorzulegen.

Bund und Länder verständigen sich im Jahr 2024 rechtzeitig über die weitere Finanzierung des Deutschland-Tickets, einschließlich eines Mechanismus zur Fortschreibung des Ticketpreises, der auch eine Erhöhung beinhalten kann.

Damit wird erst in 2024 über die Fortschreibung des Ticketpreises ab 01. Mai 2024 entschieden. Die Verwaltung beantragt deshalb die Abstimmung über die DS 267/2023.

Sollte der Antrag Nr. 1 abgelehnt und die Anträge Nr. 2-4 beschlossen werden, sagt die Verwaltung entsprechend des Antrages der SPD vom 05.11.2023 zu, bei Änderungen der Bezugsbedingungen des Deutschland-Tickets für 2024 das Thema wieder aufzugreifen und eine erneute Entscheidung in den Gemeinderat einzubringen. Eine Bezuschussung des Tickets durch die Stadt Heilbronn muss allerdings aus Sicht der Verwaltung sowohl die Entwicklung des Preises für ein Deutschlandticket, als auch die Entwicklung des Mobilitätsanteils in den Regelbedarfen des SGB II, SGB XII und AsylbLG berücksichtigen. Hier hat der Gesetzgeber über die Regelbedarfsanpassungen 2023 und 2024 bereits eine deutliche Erhöhung vorgenommen.

Finanzwirtschaft

s. DS 267/2023

III. Bürgerbeteiligung/Vorhaben

Der Antragsgegenstand ist kein Vorhaben im Sinne der „Leitlinien für eine mitgestaltende Bürgerbeteiligung in Heilbronn“. Eine Bürgerbeteiligung ist nicht vorgesehen